

Die dänische Arbeiterschaft unterschätzt diese neue Bewegung, und man tröstet sich damit, dass ja nur 35 000 Menschen anwesend waren, deren Stimmzettel nicht entscheidend sind. Auch seien viele Knechte, die eine doppelte Bezahlung erhielten, mit zur Demonstration gewesen, die innerlich zur Demokratie stehen. In Wirklichkeit ist dies eine getarnte Nazibewegung, in der die Dänische National Sozialistische Arbeiter Partei zielbewusst arbeitet. Man hat aus Bequemlichkeit hier nur 8 Punkte, weil ja das Land nicht so stark qualifiziert und industrialisiert ist.

Die parlamentarischen Parteien haben verhandelt mit dieser Bewegung und zu ihren Forderungen Stellung genommen. Man hat diese Forderungen abgelehnt, aber die Verhandlung selbst war kein Zeichen der Stärke, und die Ablehnung selbst nützt nur den L.S.-Leuten in ihrer Propaganda. Nun ist man zum sogenannten Valutastreik übergegangen, indem man die Bezahlung der gelieferten Waren erst später erwartet oder die schon empfangenen Gelder zurückhält. Leicht demokratisch gesehen ist dies alles ungesetzlich, ja, aber man wagt nicht gegen die Bewegung vorzugehen. Das Wort der Sozialdemokratie "Demokratie, schlage zu" findet nur Anwendung gegen die Proleten, die mal wagen, eigene Wege im Klassenkampf zu gehen. Im Ziel sind sich übrigens Stauning und Knud Bach einig. Beide wollen die Selbstversorgungspolitik, soweit dies eben im weltmonopolistischen Zeitalter möglich ist, und soweit es die Rohstoffarmut des Landes gestattet. Und Stauning will für diese Erkenntnis ökonomische und ideelle Opfer bringen, so sagte er auf dem letzten Parteikongress; d.h. die Opfer sollen die Arbeiter bringen eben für die notleidende Landwirtschaft. Man ist sich nur nicht über die Methoden einig. Wenn die dänische Arbeiterpartei weiter so träumt von ihrer vollendeten Demokratie, wenn sie nicht lernen kann und will aus der internationalen Arbeiterbewegung, aus deren Kämpfen und Niederlagen, vor allem aus der katastrophalen kampflosen Niederlage des deutschen Proletariats, dann wird wohl bald eine neue Stimme kraftvoll rufen: "Dänemark fürs Volk".

oooooooooooooooooooo

L

Die "Rätekorrespondenz" ist Diskussionsorgan der internationalen Rätebewegung. Die "Combat Marxist" Februar 1935 urteilt:

"Rätekorrespondenz"....."ist".... "eine unabhängige, marxistische Zeitschrift. Die Artikel sind von grosstem Teil, von grossem Wert....Mehr als irgend eine andere, hat diese Zeitschrift sich befreit von allen Dogmen und Traditionen der alten deutschen Bewegung. Die Artikel geben hiezu Anlass zur Kritik, die Schlussfolgerungen sind angreifbar, aber immer geben sie eine gute Grundlage für die Diskussion ab."

MM	RAETE KORRESPONDENZ No. 14 Dez. 1935	IM
MM	Theoretisches- und Diskussionsorgan für die Rätebewegung	IM
MM	Ausgabe der Gruppe internationaler Kommunisten - Holland	IM

Inhalt:

	Seite
I. <u>DER BERGARBEITERSTREIK IN BELGIEN MAI 1935</u>	
Der Zustand vor dem Streik	3
Der Streik	4
Das Abwürgen des Streiks durch die Gewerkschaft	6
Die Staatsmacht greift ein	10
Der Bergarbeiterstreik ist beendet	12
Schlusswort	13
II. <u>KLASSENKAMPF IM KRIEGE.</u>	
Der zweite Weltkrieg ist unabwendbar	1
Die ideologische Vorbereitung des zweiten Weltkrieges	2
Die "Arbeiterbewegung" als Kriegshetzer	6
Nationale Unabhängigkeit und Leninismus	8
Die IV. Internationale (Trotzkische Opposition der III. Internationale) und der "Leninismus.	11
Verhinderung des Krieges.	13
Der Feind steht im eigenen Lande.	15

RAETEKORREKTIE No: 14 Dec. 1935.
Theoretisches- und Diskussionsorgan für die Rätetbewegung
Ausgabe der Gruppe internationaler Kommunisten - Holland

Der BERGARBEITERSTREIK in BELGIEN, Mai 1935.

Der Streik der Bergarbeiter in Belgien, im Mai 1935 steht im Kampf der Arbeiterklasse während der letzten 10 Jahre an erster Stelle. Nicht wegen seines Umfanges, - selbst die Streikwelle im Jahre 1932 im selben Gebiet erreichte eine grössere Ausdehnung, die Art und Weise, wie ihn die Arbeiter führten und die revolutionäre Form des Kampfes haben ihn hervor. Im Mai 1935 sehen wir ein Suchen nach neuen Formen des Klassenkampfes, und das Auffallende dabei ist, dass die Massen eine Kampfmethode in Anwendung bringen, die in Belgien bis dahin noch von keiner Richtung vertreten wurde. Das Neue bestand vornehmlich darin, dass die Streikenden versuchten selbständig als Klasse aufzutreten, dass sie die Führung durch eine Partei oder Gewerkschaft von sich ab wiesen und die Führung des Kampfes bewusst in eigenen Händen hielten. Die Arbeiter duldeten keine andere Führung, als die von ihnen selbst ausging, sie verfügten selbst über die Kräfte, die sie in Kampfe zur Anwendung brachten. Neu für Belgien war auch, dass in mehreren Fällen die Bergwerke nicht verlassen, sondern von den Streikenden während des Kampfes besetzt und in Verteidigungszustand gebracht wurden. In 11 Bergwerken wurde so der Kampf geführt.

Dieser Übergang zu neuen Formen des Kampfes erscheint auf den ersten Blick ungreiflich, denn keine eingige Gruppierung hatte bis dahin irgend welche Propaganda gemacht für die selbständige Führung in den Kämpfen, durch die Arbeiter selbst. Alle Parteien und Gruppierungen arbeiten in den Gewerkschaften, und propagieren, dass bei Streiks die Führung bei den Gewerkschaften liegen muss, und daher nicht direkt durch die Massen selbst erfolgen kann. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass eine solche Propaganda bei den augenblicklichen Machtverhältnissen vollkommen falsch ist. Selbst wenn der Kampf nur um Verbesserungen oder Verteidigung von Arbeitsbedingungen geführt wird, sind so grosse Kräfte der Massen notwendig, dass sie nicht in den Rahmen einer Partei oder Gewerkschaft eingewängt werden können.

Und siehe nun die Praxis!
Was all die "denkenden Köpfe", grosse und kleine Parteien nicht begreifen können, nämlich, dass die selbständige Verfügung über die Klassenkräfte bei den heutigen Machtverhältnissen im Mittelpunkt der Klassenbewegung steht, das hatte die unentwickelte, unerfahrene, ungeschulte, dumme Masse sehr gut begriffen. Die kämpfende Masse war all den "denkenden Köpfen" weit voraus.

Die belgischen Bergarbeiter bildeten im Kampf eine "Einheitsfront". Die Parteien standen dieser Einheit im Wege und darum wurden ihre Versuche, Einfluss auf den Kampf zu bekommen, zurückgewiesen. Am Beginn des Streiks fand in Tamines bei Namur eine grosse Versammlung von Streikenden statt. Da ging es heiss her, denn die verschiedenen Parteschattierungen stritten um die Führung. Reformisten, Stalinisten, Trotzlisten, wetteiferten miteinander um zu beweisen, dass ihre Partei die einigste, die beste, die ehrlichste Führung des Proletariats sei. Aber aus der Masse kamen andere Stimmen. Unter brausendem Beifall wurde von verschiedenen Arbeitern die selbständige Führung gefordert. Ein Arbeiter sagte: "Gewerkschaften und Parteien haben uns stets verraten und den Kommunisten vertrauen wir ebenso wenig. Sie sind auch eine Partei. Wir vertrauen nur uns selbst. Der Streik ist unsere eigene Angelegenheit und die anderen müssen mit ihren Fingern davon bleiben." - Ein Zweiter sagte: "Lass die Schwätzer doch endlich einmal aufhören uns mit "ihrer" Partei zu langweilen. Lass sie über Fragen, die mit dem Streik zu tun haben, sprechen. Denn dass der Streik schon politischen Charakter angenommen hat, das braucht uns kein Kommunist zu erzählen. Der Streik ist der deutlichste Beweis von Misstrauen gegen die gegenwärtige sozialdemokratische Regierung. Lasst uns lieber darüber sprechen, wie wir zum Generalstreik kommen, als ersten Schritt zur sozialen Revolution."

Die verschiedenen Parteilinien setzten trotzdem den gegenseitigen Konkurrenzkampf fort. Darauf wurde aus der Versammlung ein Antrag gebracht der im Wesentlichen verlangte:

"DIE PARTEI SCHWÄTZER HINAUSZUWERFEN."

Dieser Antrag wurde mit rasendem Beifall begrüsst und mit nahezu allen Stimmen angenommen. (Aus einem mündlichen Bericht aus der Versammlung.)

Und diesen Standpunkt nahmen nicht nur die Arbeiter in dem Gebiet bei Namur ein; auch in den Bezirken von Charleroi und Hennegau herrschte dieselbe Auffassung. Das ist aus Folgendem zu sehen: Am Sonnabend, 18. Mai, kamen Jaquemotte und Glineur, zwei Führer der kommunistischen Partei, nach einer Zeche die von den Streikenden besetzt war, um zu den Arbeitern zu sprechen. Die Wachen vor den geschlossenen Fabrikstoren und verlangten von der "Wache" in den Betrieb zugelassen zu werden, um da im Namen der kommunistischen Partei zu sprechen. Die Wache öffnete nicht und erklärte: "Ihr könnt im Auftrag eurer Partei hier sprechen, wenn ihr uns hier öffentlich die Erklärung abgibt, dass ihr und eure Partei euch an den Beschlüssen der Streikleitung unterwerft, keine Propaganda für Parteiinteressen macht und nur das Interesse des Streiks in den Vordergrund stellt." Jaquemotte konnte nicht versprechen, dass "seine" Partei sich den Beschlüssen der Streikleitung unterwerfe, worauf die Wache antwortete: "Dann seit ihr genau dasselbe wie Spaak, Van der Velde und Trabanten. Ihr tut nur etwas radikaler, aber der Streik interessiert euch in Wirklichkeit nicht viel. Ihr wollt den Streik nur für Parteireklame missbrauchen." Und darauf liessen sie die "Führer ohne Masse" unter dem Hohngelächter der umstehenden Arbeiter vor dem geschlossenen Tor stehen. Sie mussten unverrichteter Sache wieder abziehen. (Noch ein mündlichen Bericht aus dem Streikgebiet).

Der Zustand vor dem Streik.

Das "schwarze Land", die Kohlensatirite in Süden von Belgien, ist ein Land voll tiefster Snot. Hier herrscht eine enorme Arbeitslosigkeit. Seit 1935 wurden viele Zechen geschlossen, sodass von den insgesamt 38000 Bergleuten 18000 entlassen wurden. Viele verliessen das Revier um im Norden Arbeit zu suchen, aber im Augenblick laufen allein in der Eorinage 13000 Bergarbeiter ohne Arbeit herum. In diesem Gebiet arbeiten nur noch 8000 Mann, während 13000 stempeln. In den andern Kohlenbezirken ist der Zustand wohl etwas besser, aber doch herrscht überall grosse Arbeitslosigkeit. (Sieh Nieuwe Rotterdammer Courant (NRC) 21. Mai '35). Obendrein wird nirgends eine volle Woche gearbeitet. Auf verschiedenen Zechen wird 4 Tage, auf anderen 5 Tage gearbeitet, und an den Montagen liegt alles still. In der Woche werden fünf Gulden und weniger bis zu 7.50 Gulden verdient.

Die Bergleute haben in der Krisis sehr gelitten, da sie mit der sogenannten gleitenden Lohnskala glücklich gemacht wurden. Das bedeutet, dass die Löhne entsprechend dem Index der Warenpreise berechnet wurden. Fielen die Preise, so auch der Lohn. Allein auf Grund dieser gleitenden Lohnskala, hatten die Arbeiter den "kleinen" Lohnabzug von 30% bekommen. Aber der wirkliche Abzug hat noch viel grösser, weil die kürzere Arbeitswoche eingeführt, und verschiedene Zuschläge auf den Lohn eingehalten wurden. So wurde auch die Freikohle (Deputat-) nicht mehr abgegeben. Der belgische Bergarbeiter hat dadurch den Lebensstandard des chinesischen Kulis erreicht. Sie gehen vielfach mit einem Stück trockenem Brotes an ihr schweres Werk unter der Erde. Im übrigen ein ganz gefährliches Werk, gekennzeichnet dadurch, dass "wegen Einsturzgefahr in den letzten Monaten Zeitungsberichterstatte nicht mehr zur Besichtigung einfahren dürfen." (NRC 21. Mai) "Die Arbeitslosen sammeln sich in Massen vor den Arbeitsborsen zum Stempeln." (Wie zuvor). Im übrigen sitzen sie den ganzen Tag in den Volkshäuser, ohne etwas zu verzehren, zu diskutieren und Karten zu spielen. Des Abends gegen halb 9 Uhr verschwinden sie in ihre Wohnhöhlen um zu schlafen, denn Licht wird nicht gebrannt. In diesem Gebiet ist auch keine Strassenbeleuchtung weil die Gemeinden es nicht bezahlen können. Um halb 9 Uhr ist alles wie ausgestorben. Die dunkle Nacht umhüllt schwarz das Gelände und die Bevölkerung.

Die modernen Gewerkschaften und die Sozialdemokratie haben in den Bergarbeitern immer ein kräftiges Bollwerk gefunden. Die übergrosse Mehrheit der Arbeiter ist und war reformistisch organisiert. Die Stalinisten hatten und haben wenig Einfluss. Und vor dem Jahre 1932 hatten auch die Trotzlisten wenig zu sagen. Unter dem Druck der Krise wird von der Masse innerhalb der alten Bewegung immer wieder der Generalstreik gefordert. Aber die Führung erklärte: Streik in der Krise ist Unsinn! Trotzdem konnte die alte Arbeiterbewegung es nicht verhindern, dass im Jahre 1933 ein spontaner Streik ausbrach. Die Arbeiter gingen zur Selbsthandlung über, sie breiteten die Bewegung aus soweit sie konnten und wendeten sich danach an die Gewerkschaft mit dem Ruf: "Die Kassen auf!" Natürlich

bedeutete das auch, dass die Gewerkschaften die Führung zu übernehmen hätten. Diese gingen darauf ein, und hatten nichts eiligeres zu tun als die Bewegung einzudämmen und auf ein totes Geleise zu schieben.

In diesem Streik bekamen die Trotzlisten grossen Einfluss. Sie vor allem führten die Propaganda, dass die Gewerkschaftsbürokratie zum Kampf gezwungen werden muss. Der Einfluss der Trotzlisten wurde nach dem Streik von 1932 noch fortwährend grösser, und zwar in dem Sinne, dass die Arbeiter in ihrer Partei und Gewerkschaft blieben aber sich links-sozialistisch orientierten. In diesem linken Flügel und vor allem in der Jugendbewegung konzentrierte sich alle Unzufriedenheit und der Wille zum Kampf gegen die besitzende Klasse.

Im Februar 1935 kam die Unzufriedenheit der Bevölkerung deutlich und öffentlich an den Tag bei der sogenannten Februar-Demonstration zu Charleroi. 40000 Arbeiter demonstrierten vor Van der Velde, Spaak und Hendrik de Man, anlässlich der grossaufgemachten Propaganda für den "Plan der Arbeit". Die Jugendorganisation, die in Belgien sehr aktiv ist, trug Transparente mit: "Nicht der Plan an die Macht, sondern mit dem Plan um die Macht." "Allgemeiner Generalstreik - Revolution!" "Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter!" "Kontrolle der Banken durch die Arbeiter!" Sie bildeten Sprachchöre die überall denselben Ruf erhoben:

"ALLGEMEINER GENERALSTREIK - SOFORTIGE AKTION!"

Von 1932 - '35 haben sich die Massen nach links entwickelt. Sie waren bereit zum Kampf. Aber sie sind noch belastet mit der alten Tradition, dass dieser Kampf durch ihre Organisation geleitet werden muss. Sie warten nur auf den Befehl ihrer Führer. Aber die Führer dachten nicht daran diesen Befehl zu geben. Bei der eintretenden Regierungskrise gingen sie zum König um ihm den dienenden Zustand vor Augen zu halten und eine sozialistisch-katholische Regierung zu fordern. Die neue Regierung hatte 5 sozialistische Minister, darunter Delattre, Vorsitzender des Bergarbeiter Verbandes und Spaak, die vordem heftig auf die reformistischen Führer geschimpft hatte. Die breiten Massen, die vor allem auf Spaak ihre Hoffnung gesetzt hatten, erlebten darum eine gewaltige Enttäuschung, sodass sie ihn des Verrats beschuldigten. Spaak wird aus der Redaktion der linksgerichteten Zeitung "Sozialistische Aktion" geworfen, und die Zeitung kam unter die Kontrolle der Arbeiter von Charleroi. Die hungernden Arbeiter fühlten sich betrogen. Sie wussten, dass ihre Organisationen nun zu der Regierungspartei gehören, und dass diese deshalb den Generalstreik nicht führen können. Sie stehen nun allein dem mächtigen Kapital und seinem Staat gegenüber. Und jetzt beginnt erst hier und da der Gedanke, um selbst zu handeln, zu reifen.

Der Streik.

1. Mai 1935. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie hatten die Massen aufgerufen an diesem Tage allgemein die Arbeit nieder zu legen, unter der Parole: "Für den Plan der Arbeit." So

wie immer, in Belgien streikten an diesem Tage grosse Massen. Das doch waren hier und dort Arbeiter, die arbeiteten.

Dies war der eigentliche Ausgangspunkt für die gewaltige Streikbewegung vom 11. bis 26. Mai. Als am 2. Mai die Arbeiter von der Zeche "Pont de Loup" wieder zur Arbeit erschienen, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Streikbrechern, die dafür führten, dass die Arbeiter von der Direktion die Entlassung der Streikbrecher verlangten. Die Direktion lehnte diese Forderung ab. Die Belegschaft in Stärke von 600 Mann weigerte aber, mit Streikbrechern zu arbeiten und legten spontan die Arbeit nieder. Auf dem Grubenterrain wird eine Versammlung abgehalten, eine Streikleitung gewählt und folgende Forderungen aufgestellt:

1. Sofort den Betrieb zu besetzen.
2. Ausdehnung des Streiks durch Aussendung von Delegationen nach anderen Betrieben.
3. Alle Beschlüsse werden durch die Belegschaft und die Streikleitung genommen. Parteien und Gewerkschaften werden ausgeschaltet. Sie können als Sympathisierende mitarbeiten, am Streik, wenn sie die Beschlüsse der Arbeiter durchführen.
4. Entlassung der Streikbrecher.
5. 10% Lohnerhöhung und Aufrechterhaltung des Kinderzuschlages.
6. Diese Forderungen den Gewerkschaft mitzuteilen.

Alles wurde sofort durchgeführt. Auf dem Schacht wehte die rote Fahne, als Zeichen dass die Arbeiter die Zeche in Besitz genommen haben. Nach 24-stündiger Betriebsbesetzung willigte die Direktion ein.

Dieses selbst handeln fand grossen Anklang bei den Arbeitern. Überall hörte man: "Ja, so müssen wir es machen. Wenn die Gewerkschaften nicht wollen, dann machen wir es selbst. Und die Jungens von 'Pont de Loup' haben bewiesen dass es geht."

Der Erfolg war, dass es am nächsten Tage auf einer in der Nähe liegenden Zeche genau so zugeing mit demselben Erfolg.

Es verliefen 8 Tage in ausserlicher Ruhe. Aber auf den Gruben garte es. Es entwickelte sich das Bewusstsein der Arbeiter, getrieben durch das Elend, durch den Verrat der Parteien und Gewerkschaften, aber vor allem durch die jüngsten Erfahrungen mit dem selbst handeln. Das Gefühl, selbst etwas zu können wuchs, und man sprach davon auf den Strassen, in den schmierigen, dumpfen Schächten, in den Lokalen der Arbeitslosen. Die Frauen besprachen es auf der Strasse und in den Geschäften. Die Aufmerksamkeit der Masse war geweckt, und tausende stellten sich die Frage: "Ist das der Ausweg?"

Jeder fühlte, dass etwas in der Luft hing, aber niemand wusste zu sagen, was es war. Unterdessen spitzten sich die Verhältnisse zu, die Lebensmittel um 10% im Preise stiegen (durch Devaluation) während die Löhne noch nicht im selben Masse erhöht waren. Da kam die Meldung die der Funke im Pulverfass war. Der sozialdemokratische Arbeitsminister, der frühere Vorsitzende des Bergarbeiter Verbandes, Delattre führte das Dekret durch, das den Abzug des

Kinderzuschlages verordnet, welches durch das früher Ministerium Theunis schon erlassen war. Am Freitag, den 10. Mai, wird dieser neue Abzug auf der St. Barbara-Grube in Tamines bei Namur bekannt gemacht.

Am Sonntagabend 11. Mai, legte die ganze Belegschaft von 500 Mann die Arbeit nieder. Es wird eine Delegation nach der Direktion gesandt um zu verhandeln. Aber der Direktor war abwesend. Darauf beschloss die ganze Belegschaft auf der Zeche zu bleiben, bis der Direktor zurück kommen würde, und man veränderte das Zechenterrain in einen Lagerplatz. Frauen und Kinder kamen Essen bringen. Des Abends um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr erschien der Direktor, aber er konnte die Forderungen nicht einwilligen. Zugleich erschien Polizei und Militär, die sich aber bei der drohenden Haltung der Arbeiter nicht getrauten einzugreifen. Um Mitternacht wird plötzlich die Delegation zum Direktor gerufen. Aber zugleich rückte Militär zum Angriff vor. Eine Warnung schossen sie auf die Streikenden. ("Het Volk" 13. Mai) Plötzlich ging überall das Licht aus und der Kampf wurde im Dunkeln fortgesetzt. Des Morgens um 8 Uhr ergaben sich die Streikenden. Es waren nur noch 127 Mann anwesend, wovon 6 verhaftet wurden.

Von nun ab, beginnt sich die Streikbewegung regelmässig zu entwickeln, erst langsam, aber nachdem das Militär eingreift in schnellerem Tempo. Am Sonntagabend den 11. Mai begann es bei Namur, Dienstag schlug sie über nach Hennegau (Montags wird nirgends gearbeitet), Mittwoch wird Charleroi in den Streik gezogen. Doch ist die Streikbewegung dem Umfang nach gering. Bei Namur streikt allein die Grube St. Barbara, in der Borinage streiken 2500 Mann und bei Charleroi 2700 Mann. Das ist für diese Gebiete, die zusammen 30000 Bergarbeiter umfassen, sehr wenig. Von den 59 Gruben, die dort sind, sind dann auch nur 15 in den Streik gegangen.

Diese Zahlen, die die bürgerliche Presse bringt, sind nicht zuverlässig, weil schon viele Gruben durch die Krise stillgelegt waren. Wohl sind 59 Bergwerke vorhanden, aber es ist nicht bekannt wieviel noch im Betrieb waren. Aber wie dem auch sei, die übergrosse Mehrheit der Bergarbeiter nahm am Donnerstag 16. Mai nicht an der Bewegung teil. Die grosse Masse hörte noch auf die sozialistischen Führer und Gewerkschaftsbonzen.

Die erste Welle verlief für den Streik nicht günstig. Obwohl sich die Bewegung bis Donnerstag fortwährend ausdehnte, waren bis dahin doch nur etwa 15 - 20% am Streik beteiligt. Aber war die Bewegung an Umfang auch beträchtlich klein, so wurde die besitzende Klasse und ihre Sachwalter doch sehr beunruhigt. Erstens weil sich die Streikbewegung langsam aber sicher entwickelte, dann aber weil diese kleine Gruppe Arbeiter, als neue selbständige gesellschaftliche Kraft auftrat. Diese streikenden Arbeiter wiesen jede Führung durch die offiziellen Gewerkschaftsbewegung ab. Sie hatten keine eigentlichen Führer. Und das ist sehr gefährlich für die herrschende Klasse. Vor vielen Jahren sagte der Abgeordnete Delbrück im deutschen Reichstag nach einer grossen Wahlsiege der Sozial-Demokratie: "Dieser Aufmarsch konnte gefährlich werden, wenn keine Führer gewesen wären. Aber mit Führern kann man zu einem Vergleich kommen, das sind Menschen wie wir, die kochen auch mit Wasser."

Aber diese Masse hatte keine Führer. Diese Arbeiter hatten eine wirkliche Einheit gefunden auf Grund der Betriebsgemeinschaft. Sie liessen sich nichts vormachen durch die Parteien und Gewerkschaften. Der gewöhnliche Gang der Dinge in der Arbeiterbewegung ist doch so, dass jede Gewerkschaft ihre besonderen Versammlungen abhält und Beschlüsse fasst. Die freien Gewerkschaften, die Christlichen, Neutralen und Syndicalisten kommen jede für sich zusammen und bestimmen einzeln welche Stellung sie einnehmen. Die Unorganisierten werden überhaupt nicht gefragt und bilden sehr oft das grosse Fragezeichen, ob ein durch die Gewerkschaften geführter Streik gelingt oder nicht.

Hier aber überwand die Arbeiter ihre organisatorische Gespaltenheit. Gemeinsam als Betriebsbelegschaft fassten sie ihre Beschlüsse, ohne zu fragen ob, oder welcher Organisation sie angehörten. Die Klasseneinheit war stärker als die Organisations-Disziplin.

Diese Bewegung war in den Augen der Streikenden nichts anders wie ein Lohnkampf. Nur suchten sie nach neuen Formen für ihren Kampf, weil der altgewohnte Weg der Gewerkschaften keinen Erfolg zeigte. Und diese neue Form fanden sie in zwei Richtungen. Organisatorisch in der Form von selbständigen, von allen Parteien und Gewerkschaften unabhängigen, Kampfkomités (Arbeiterräten) und in der Aktion durch die Besetzung von verschiedenen Bergwerken. Von den 15 Zechen die bis Donnerstag, 16. Mai im Streik waren, hatten die Arbeiter 6 besetzt. In dem Führen des Streiks als Betrieb kam ihre Einheit zum Ausdruck. Gemeinsam in den Kampf und auch wie ein Mann ihn beendigen. Das besetzen der Betriebe hatte den Zweck, das weiter arbeiten der Streikbrecher zu verhindern, und andererseits war es nötig, eine feste geschlossene Einheit zu bewahren. Wenn der einzelne Streiker in sein Haus verschwindet, ist der Zusammenhang zu einem guten Teil fort. Das Solidaritätsgefühl ist viel stärker, wenn alle fortwährend zusammen sind. Auch wurden die Zechen besetzt, um gegen die Besitzer eine Waffe in der Hand zu haben. Denn sie wissen natürlich, dass mit oder ohne Besetzung, das Militär kommen wird um die Ordnung wiederherzustellen. Es war nun beschlossen, die Gruben zu beschädigen wenn sie vom Militär angegriffen würden. Das ist auch tatsächlich geschehen, aber nur im geringen Umfange. Wohl hatten die Arbeiter einen Posten vor dem Dynamithmagasin, um die Zechen durch Dynamith zu beschädigen, aber wirklich ausgeführt wurde es nirgends.

Wenn eine Grube besetzt wurde schloss man die Tore und bildete eine Arbeiterwehr. An den Toren wurden Tag und Nacht Posten angestellt, die niemand ausser Arbeitern zuliessen. Die Notstandsarbeiten wurden von den Streikenden selbst organisiert. Die Zechenpferde wurden regelmässig gefüttert, die Pumpen arbeiteten weiter, um das Wasser fern zu halten. Auch hatten sie einen Radioempfangsapparat aufgestellt, und strengste Zucht herrschte unter den Streikenden. Alkoholverbot ist eingeführt, selbst Bier wird nur ganz minimal gestattet. (N.R.C. 23. Mai)

Die Bewegung hatte also einen vollkommenen gewaltlosen Charakter. Es war beschlossen sich nur dann zu wehren, wenn das

Militär Gewalt anwendet. Aber, "alles blieb vorläufig ruhig..... man erwartet keine Unruhen....., die Autoritäten, und auch der freie Bergarbeiter-Verband tun alles, um den Konflikt so schnell wie möglich zu beenden." ("Das Volk", vom 17. Mai).

Das Abwürgen des Streiks durch die Gewerkschaft.

Tatsächlich versuchten sowohl die Behörden wie die freie Gewerkschaften mit allen Mitteln die Streikbewegung zu unterdrücken. Der Bergarbeiter-Verband verlangte dabei von seinen Mitgliedern, dass sie die Arbeit wieder aufnehmen sollten, d.h., er rief zum Streikbruch auf.

"Der Hauptvorstand des freien Bergarbeiter-Verbandes hat einen Aufruf an die Bergarbeiter gerichtet, worin sie vor kommunistischen Agitatoren gewarnt werden, die....den 5 sozialistischen Ministern Schwierigkeiten machen, welche sich bemühen in den Zustand der Arbeiterklasse Verbesserung zu bringen. Der Aufruf sagt, dass Streiks in diesem Augenblick nur in sehr besonderen Fällen zu rechtfertigen sind, und erst dann, wenn alle Mittel erschöpft sind, auf dem Verhandlungswege die örtlichen Konflikte, die sich ergeben können, aus dem Wege zu räumen." (Das Volk, 21. Mai, Morgenzeitung). "Der freie Bergarbeiter-Verband hat vom Beginn an Stellung genommen gegen die wilden Streiks. In einem Manifest hat der Verband darauf hingewiesen, dass diese Streiks als ein Wortbruch angesehen werden müssen und im Gegensatz stehen zu der Taktik die von der modernen Arbeiterbewegung befolgt wird." (Das Volk, 21. Mai, Abendblatt). "In Chatelineau sind 4 Gruben stillgelegt. Die sozialistischen Gewerkschaften rufen auf zur Wiederaufnahme der Arbeit, was nicht befolgt wird." (N.R.C. 16. Mai).

Diese Methode den Konflikt beizulegen hatte keinen Erfolg. Das einzige was damit erreicht wurde was, - und das war für die besitzende Klasse und ihre Handlanger, die Gewerkschaften, schon viel - dass die grosse Masse der Bergarbeiter noch nicht am Streik teilnahm. Darum versuchte die Gewerkschaftsbürokratie auch auf andere Weise den Streik zu brechen, und hatte damit, wie es scheint, mehr Erfolg. Die von den Bergarbeitern aufgestellten Forderungen waren nämlich nicht überall gleich. In dem einen Betrieb ging es nur um die Minimum-Löhne, in dem anderen um Lohnerhöhung, in wieder anderen um die Aufrechterhaltung des Kinder-Zuschlages. Nahezu allgemein war die Forderung, den Kinder-Zuschlag aufrecht zu erhalten und ein Minimum-Lohn von 30 fr. (f 1.50) pro Tag. Dann wurde noch mehrfach eine Lohnerhöhung von 5%, auf anderen Gruben aber auch von 10% verlangt.

Dieses Durcheinander in den Forderungen machten sich die Gewerkschaften sehr geschickt zu Nutzen, um auf verschiedenen, einzelnen Betrieben "den Konflikt beizulegen"....."In der Grube Marchienne au Pont gelang es den Bergarbeiterführern, von der Bergwerks-Direktion die Zusage zu bekommen, dass die niedrigsten Löhne verbessert werden sollten. Die Streikenden waren hier-

mit zufrieden und beschlossen, am Freitag die Arbeit wieder aufzunehmen. In einer Grube zu Dampreny wurde der Konflikt in derselben Weise beendet. In zwei Bergwerken zu Chatelineau und Gilly wurde noch keine Übereinstimmung erreicht." "Durch die Vermittlung des Bergarbeiter-Verbandes hat man in zwei Orten Übereinkommen erreicht, so dass am Freitag 1000 Mann von den 2500 Streikenden, die am Mittwoch in der Bormage die Arbeit niedergelegt hatten, die Arbeit wieder aufnehmen werden." ("Das Volk" 17. Mai).

Hierbei ist aber zu bedenken, dass diese Übereinkünfte nicht durch die Streikenden abgeschlossen wurden, und es darum fraglich ist, ob diese 1000 Mann tatsächlich am Freitag an die Arbeit gegangen sind. Wir konnten darüber keine nähere Auskunft bekommen, aber angesichts der ferneren Verlaufs der Bewegung, die wie wir noch sehen werden, bis auf 20000 Streikende anwuchs, ist es kaum anzunehmen, dass sie tatsächlich an die Arbeit gingen. Aber auf jeden Fall sah man vollkommen deutlich, auf welche Weise die Gewerkschaften den Streik zu brechen versuchten. Wenn es ihnen tatsächlich gelingen würde 1000 von 2500 Streikenden an die Arbeit zu bringen, dann war die Streikbewegung natürlich vernichtet.

Im Industriegebiet von Charleroi wurde neben obengenannten Methoden noch ein anderes Mittel um den Streik zu brechen versucht. Der Bergarbeiter-Verband rief, zum 19. Mai nur für das Kohlengebiet um Charleroi allein, zu einem Kongress auf. Es wurde da festgestellt, dass in der Umgebung von Charleroi 8 örtliche Streiks woran 3000 Mann beteiligt waren. Die Delegierten verteidigten die Besetzung der Betriebe, und erklärten, dass dies nicht unter kommunistischem Einfluss geschah, sondern dass "die Bergarbeiter durch das Elend getrieben waren." Schliesslich wurde eine Resolution angenommen die im Wesentlichen folgenden Inhalt hatte:

- 1) Die Betriebsbesetzung wird verurteilt.
- 2) Die Bergarbeiter werden aufgefordert, die bestehenden Lohnabkommen zu respektieren.
- 3) Die nationale, gemischte Bergwerkskommission (Arbeitsgemeinschaft) soll aufgefordert werden eine Zusammenkunft zu veranlassen, zu dem Zwecke um Löhne, welche unter 30 fr. pro Tag betragen, zu verbessern.

Diese Resolution wurde mit geringer Mehrheit angenommen. 17 Ortsvereine waren dafür, 14 dagegen und 5 enthielten sich der Stimme. "Verschiedene Ortsgruppen waren nicht vertreten." "Die sozialistischen Führer haben allem Anschein nach nur mit Mühe die Hälfte ihrer Anhänger in der Hand." (N.R.C. 20. Mai). Wichtig in dieser Frage ist, dass die Gewerkschaft hier die "Demokratie der Arbeitsgemeinschaft als Waffe den Streikenden gegenüber anwendet."

Die Staatsmacht greift ein.

Die Gewerkschaften standen nicht allein beim Abwürgen des Streiks. sie hatten starke Bundesgenossen in den Behörden, in der Staatsmacht. Wozu waren denn die 5 sozialistischen Minister da, die die bewaffnete Macht zur Verfügung haben? Am Montag 19 Mai wird eine Nachricht bekannt, dass 500 Soldaten sich auf dem Wege nach dem Industriegebiet von Charleroi befinden. Eine grosse Empörung bemächtigt sich der Bergarbeiterschaft. "Die Streikenden zogen nach den Gruben und besetzten noch einige Schächte".... "Auf die sozialistischen Führer wird nicht mehr gehört". (N.R.C. 22 Mai.)

Am Dienstag 20 Mai wird eine Nachricht verbreitet, dass die Truppen tatsächlich angekommen sind. "Als es bekannt wurde, dass die Gendarmerie gekommen war, zogen viele nach den Gruben, wobei vor allem die Frauen zum Aushalten anspornten.... Die Arbeiter lassen niemand auf die Grube zu selbst nicht die sozialistischen und kommunistischen Führer" (Das Volk 22 Mai. Morg. Ztg.)

Und nun griffen die Truppen der 5 sozialistischen Minister auf ihre Weise in den Kampf ein. Sie marschierten ohne viel Zeit zu verlieren nach den Gruben und umzingelten diese. Sie bearbeiteten die Arbeiter mit "den humansten Mitteln, warüber sie verfügten",.... nämlich mit Tränengas und raucherten sie so aus den Gruben. "Verschiedene Arbeiter wurden bewusstlos. Die Bevölkerung strömte zusammen, aber wurde durch 250 Gendarmen auseinander getrieben." (Volk 23 Mai. M.Z.)

In Pont de Loup wollten 15 Mann sich nicht ergeben. Sie kletterten durch einer Luftschacht nach unten, um 200 Meter unter der Erde einen Hungerstreik zu beginnen. Nachdem ihnen gedroht war, dass sie auch dort unten vergast würden, kamen sie nach oben. In kurzer Zeit wurden so die Gruben von den Streikenden enträumt, und alle Gruben, die im Streik standen, mit Militär besetzt.

Dieses Eingreifen des Militärs aber führte nicht zur Beendigung des Konfliktes. Die Antwort der Bergarbeiterschaft war eine Ausdehnung des Streiks. Am folgenden Tage, Mittwoch, ist die Arbeit in 28 Gruben niedergelegt, wobei 13000 Arbeiter streikten. Am "Donnerstag 23 Mai, hat sich die Streikbewegung erneut ausgedehnt, und zwar in dem Gebiet von Charleroi und Umgebung." (Volk 24 Mai. M.Z.) Von den 59 Gruben sind ~~am~~ 32 im Streik mit 18000 Streikenden.

Dies Eingreifen des Militärs hatte dem nach dass genaue Gegenteil von dem zur Folge, was sich die sozialistischen Minister gedacht hatten. Anstelle die Bewegung zu erdrücken, hatte sie sich auf 18000 Arbeiter ausgedehnt und nahm noch täglich an Umfang zu. Darum versuchte es die sozialistische Regierung wiederum mit der "Demokratie", wo die bewaffnete Macht keine Erfolge erzielen konnte. Denn, Vernünftgründe haben allem Anschein nach keine Einwirkung mehr auf die Bergarbeiter, die Ratschläge der Gewerkschaftsführer prallen an ihnen ab, diese haben jetzt ihre ganze Hoffnung gerichtet auf die Zusammenkunft der nationalen, gemischten Grubenkommission, die am Donnerstag stattfindet." (Volk 23 Mai. M.Z.) Jetzt, wo die 5 sozialistischen Minister die Gewerkschaftsführer und die bewaffnete Macht nicht imstande waren

den Streik abzuwürgen und dadurch die Arbeiter dem Kapital zu unterwerfen, da greifen sie als letzte Rettung zur "Demokratie". Mann spekuliert auf das "Mitbestimmungsrecht", das die Arbeiter angeblich in der Grubenkommission haben um ihre Einheit im Kampf zu brechen.... und das gelingt!

In der Grubenkommission kommt es zu einem Kompromis, mit dem Versprechen, dass die niedrigsten Löhne verbessert werden sollen. Das weiteren müsste entsprechend der "gleitenden Lohnskala" ab 1 Juni eine Lohnerhöhung von 5% erfolgen, weil der Index der Lebensmittelpreise um soviel gestiegen war. Als ein "Zugeständnis" der Grubenbarone erscheint nun eine sofortige Auszahlung von 2½% Lohnerhöhung, welcher Betrag aber später wieder von der am 1 Juni eingehenden 5%igen Erhöhung abgezogen wird. Schliesslich machte dass sozialistische Ministerium durch Delattre bekannt, dass die Verordnung über den Abzug des Kinderzuschlages einer Revision unterzogen werden solle.

Die Bergarbeiterführer gehen mit dieser Übereinkunft in Grubenbegebiet. "Die Streikenden scheinen wieder vernünftig geworden zu sein. Sie hören wieder auf die Führer der Gewerkschaften, die in ihren Versammlungen erscheinen." (Volk 24 Mai. M.Z.)

Die Ortsgruppe Charleroi des Bergarbeiter-Verbandes beschliesst mit 57% der Stimmen das Abkommen anzunehmen, und auch im Zentrum gibt man sich damit zufrieden. ... Nun es den "5 sozialistischen Ministern" und den Gewerkschaften gelungen war, die Bewegung abzuwürgen, konnte jetzt das Zentralorgan der holländischen Sozialdemokratie, "Das Volk", am 29 Mai triumphierend berichten:

Der Bergarbeiterstreik ist beendet!

Dem Eingreifen von Van Zeeland und Delattre, die Zugeständnisse von den Grubenbesitzern erreichten, und auch der Haltung des freien Bergarbeiter-Verbandes, der die Unterstützung der wilden Streiks im Industriegebiet von Charleroi verweigert hatte, ist es zu danken, dass der gesunde Verstand und die Disziplin der Bergarbeiter geziegt haben. Die Streikenden sind heute (Dienstag 28 Mai) abgesehen von ein paar besonderen Fällen, dem Aufruf des Bergarbeiter-Verbandes gefolgt und haben die Arbeit wieder aufgenommen. Selbst diejenigen, die das Kompromis mit nicht sehr grosser Begeisterung empfinden, sind wieder an die Arbeit gegangen. Nur in 2 Gruben wird noch gestreikt."

Schlusswort.

Dieser Kampf hat den belgischen Bergarbeitern die Rolle der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie in der Gegenwart gezeigt. Es wird für immer grössere Kreise der Arbeiterschaft deutlich, dass Sozialdemokratie und Gewerkschaften sich bei einem Konflikt zwischen der Arbeiterschaft und besitzender Klasse, an die Seite des Kapitals stellen und vor keinem Mittel zurückschrecken um einen Streik abzuwürgen. Aber diese Streikbewegung deckt auch auf wie ausserordentlich scharf heute schon die Klassegegensätze zugespitzt sind.

Nur um einem Abzug vom Kinderzuschlag abzuwehren und sich jedenfalls einen Lohn von 1.50 Gld. pro Tag zu sichern, - bei der üblichen Arbeitswoche von 4 -5 Tagen ist das 6.-bis 7,50 Gld. mit anderen Worten: Um sich das trockene Brot zu sichern, mussten die Arbeiter den Kampf gegen den Staat mit seinen sozialistischen Ministern und seiner bewaffneten Macht und zugleich noch gegen ihre eigene "Arbeiterbewegung" aufnehmen. Die Klassen stehen sich so scharf gegenüber, dass die Kampf um die blasse Existenz von der hungernden Arbeiterschaft nur noch in der Form des Aufstandes, als Kampf gegen die Staatsmacht, mit oder ohne sozialistischen Ministern, geführt werden kann.

Der Bergarbeiterstreik vom Mai 1935 ist beendet, aber die Bewegung ist damit nicht abgeschlossen. 1935 war nur die Fortsetzung der Streikbewegung von 1932 und kleineren Streiks die darauf folgten. Die Ursachen der fortwährenden Gärung sind heute noch ebenso vorhanden wie vordem. Das Feuer des Aufstandes scheinbar erstickt, ist unter der Oberfläche am Werke. In dieser Situation ist revolutionäre Propaganda, gerade unter diesen Arbeitern, die durch Klasseninstinkt den richtigen Weg der Kampfeinheit gefunden haben, von grosser Bedeutung. Nicht Propaganda, die ernst eine "Aktion" entfesseln will, sondern Propaganda in dem Sinne, dass die neuen Kampfformen, die die Bergarbeiter zur Anwendung brachten, ins Licht gezogen werden, dass sie nichts "Zufälliges" sind, sondern im Mittelpunkt der kommenden Klassenbewegungen stehen. Der Kampf als Betriebseinheit, die Verfügung über die Kampfmittel durch Klasseorgane selbst, die Ausdehnung der Kampffront auf die ganze Arbeiterklasse durch eigene Aktivität, die Erkenntnis, dass die Arbeiterschaft nur dann siegen kann, wenn sie ihre eigene alte "Arbeiterbewegung" überwunden hat, das ist der Inhalt der Propaganda, die jetzt geführt werden muss.

oooooooooooooooooooo

KLASSENKAMPF IM KRIEGE!

Der zweite Weltkrieg ist unabwendbar.

Der erste Weltkrieg war ein Folge des Emporkommens des deutschen Imperialismus, der die Machtposition von England und Frankreich ernsthaft zu bedrohen begann. Die deutsche Schwerindustrie, agrierender ausgerüstet als die englische, war ein gefährlicher Konkurrent auf dem Weltmarkt. Zugleich streckte der deutsche Imperialismus seine Fangarme aus nach Rohstoffgebieten, wo England und Frankreich die Vorherrschaft hatten. Die bekannte Entsendung des Kreuzers "Panther" nach Nordafrika, um für die Bergwerkinteressen des deutschen Mannesmann-Konzerns in Marokko zu demonstrieren, war dafür ein Eeredtes Zeugnis. Hauptsächlich aber richtete sich die Machtentfaltung des deutschen Imperialismus nach Kleinasien und Indien. (Bagdadbahn, Balkanpolitik, Annektion von Bosnien und Herzegowina durch Oesterreich, u.s.w.) Diese Entwicklung hatte schliesslich, nachdem die Balkankriege vorausgegangen waren, den Weltkrieg zur Folge.

Auch jetzt zeigen sich wieder solche Erscheinungen, mehr denn sich die Vorbote eines neuen Weltkrieges. Das ist auch nicht anders möglich, denn niemand kann die Entwicklung der Produktionskräfte aufhalten. Die Entwicklung der Produktionskräfte in immer neuen Ländern hat mit absoluter Sicherheit im Gefolge, dass diese neben den alten als neue Imperialistische Mächte auftreten und ihnen den Platz unter der Sonne streitig machen. Jetzt, wo auch die asiatischen Länder in den Kreis des Weltkapitalismus hineingezogen sind, hat auch dort die Maschinenproduktion ihren Einzug gehalten. Nicht zuletzt, weil sie mit einer Technik und einer Produktionsweise, die auf ihrer höchsten Entwicklungsstufe steht, beginnen, wachen diese kapitalistisch-jungen Länder zu enormer ökonomischer, politischer und militärischer Macht heran. Sie verlangen "ihren" Anteil am Weltmarkt und wollen über Rohstoffgebiete verfügen können.

Japan, das nicht ohne Grund das Deutschland des Ostens genannt wird, erinnert in mancher Hinsicht an die Position, die Deutschland vor 1914 einnahm. Dabei darf man nicht vergessen, dass die halbfeudalen Zustände im Innern Japans, dort eine, in den alten kapitalistischen Ländern heute noch für unmöglich gehaltene Ausbeutung der Arbeiterbevölkerung möglich machen, so dass die japanische Produktion ein Konkurrent geworden ist, der mit ökonomischen Mitteln kaum mehr zu schlagen ist. (Siehe: "Die Grundlagen des gelben Imperialismus. R. K. Nr. 7.)

Es ist denn auch kein Wunder, dass Japan die eine chinesische Provinz nach der anderen sich einverleibt, während es die Länder der "weiteren Umgebung", englisch- und holländisch Indien, Australien u.s.w., mehr und mehr ökonomisch beherrscht. Dass dadurch vor allem die Schlagadern des englischen Imperialismus getroffen werden, ist bekannt und darum wird auch allgemein angenommen, dass die Geschehnisse in Ostasien nur ein Vorspiel des neuen Weltkrieges sind.

Die Entwicklung Russlands zur industriellen und militärischen Grossmacht ersten Ranges, verschärft diese Situation noch mehr. Auch Russland versucht seinen Einfluss in China auszudehnen (Sowjet-China, Aufstände in Turkestan, Konflikt um die Ost-Eisenbahn 1929). Dabei wird von dem Zerfall des grossen chinesischen Reiches, das sowohl im ökonomischen wie politischen Sinne keine Einheit mehr ist, geschickt Gebrauch gemacht.

Der grosse Kampf um eine neue Verteilung der Welt kann jeden Augenblick beginnen, und darum bewaffnen sich alle Länder in fieberhaftem Tempo. Dieser grosse Kampf wird sehr wahrscheinlich nicht mehr lange auf sich warten lassen. Dabei darf man nicht aus dem Auge verlieren, dass er wohl nicht direkt als "Weltkrieg" einsetzt, sondern als Konflikt zwischen zwei Staaten beginnt, worin immer mehr Länder mit hinein gezogen werden. Darum ist heute jeder bewaffnete Konflikt zwischen zwei Länder zugleich auch ein Vorpostengefecht des zweiten Weltkrieges.

Die ideologische Vorbereitung des zweiten Weltkrieges.

In allen Ländern bereift man sich fieberhaft, die Rüstungen zu vervollkommen. Aber dabei geht es nicht nur um die Herstellung von Waffen materieller Art, wie Tanks, Giftgas, Bomben, u.s.w. Von noch grösserer Wichtigkeit ist die ideologische Vorbereitung des Krieges, so dass vor allem die breiten Arbeitermassen willig, ja mit Begeisterung am Kriege teilnehmen. Eine Arbeiterschaft, die gezwungen am Kriege teilnimmt, ist leicht geneigt sich zu widersetzen, und entstehen unter dem verschärften Druck des Krieges, allzu leicht Streiks, die der Kriegsführung gefährlich werden können. Die Militärmachine mag technisch noch so gut ausgerüstet sein, sie ist im Falle eines Krieges nur zu verwenden, wenn die ganze arbeitende Bevölkerung, durch ihre Arbeit in den Betrieben, sie mit allem Nötigen versorgt. Darum muss die herrschende Klasse vor allem die Arbeiterschaft ideologisch auf den Krieg vorbereiten. Eine systematische Propaganda mit allen Mitteln über welche die moderne Gesellschaft verfügt, beeinflusst seit langem schon das Denken der breiten Arbeitermassen und erweckt bei ihnen die Überzeugung, dass sie im Falle eines Krieges für die Verteidigung ihrer eigenen Interessen zu Felde ziehen.

Diese ideologische Vorbereitung wird natürlich nicht erreicht, indem offen ausgesprochen wird, dass es nur eine neue Verteilung von Absatz- und Rohstoffgebieten geht. Die Arbeiter werden aufgerufen ihre "eigene" (nationale) Kultur zu verteidigen. So tat man auch am Anfang des Weltkrieges im 1914. Da war es das Schreckgespenst des blutdürstigen Zarentums mit seinen halbwildem Kosaken, wodurch Millionen deutscher Arbeiter der Kriegsführung in die Arme getrieben wurden. Bei den französischen Arbeitern war es das preussische Gewaltregiment und der deutsche Monarchismus die durch den Krieg gestürzt werden sollten, und die englischen und amerikanischen Arbeiter liess man kämpfen um die Welt mit der Demokratie zu beglücken.

Und heute geschieht wiederum dasselbe.

Die hoffnungslosen, wirtschaftlichen Verhältnisse in Mitteleuropa erzwingen eine Zusammenschweissung aller nationalen Kräfte, wodurch dem Monopolkapital die Kraft verliehen wird, den Kampf um eine neue Verteilung der Welt zu beginnen. Die faschistische Regierungsform, die alle Kapitals- und Arbeitskräfte der Nation gleichschaltet, ist darum auch die Vorbereitung dieser Länder auf den in Kürze beginnenden Kampf um die Verteilung der Welt. In diesem Sinne treibt der Faschismus und Nationalsozialismus ohne Frage zum Kriege. Aber das ist bei den Grossmächten des Westens eben so gut der Fall, wenn auch in dem Sinne, dass es bei ihnen um die Verteidigung ihrer bevorrechteten Position geht. Was diese Mächte im Laufe der Jahre zusammengerafft und geraubt haben, das wollen sie behalten. Die faschistischen- und demokratischen Mächte treiben darum von beiden Seiten zum Kriege. Das Kapital der faschistischen Länder will und muss seinen Machtbereich ausdehnen, das Kapital der "demokratischen" Länder kann diese Expansion nicht zulassen, es treibt zum Kampf gegen den "Faschismus". Dieser Kampf des Kapitals zwischen den demokratischen und faschistischen Ländern, wird von der herrschenden Klasse geschickt ungünstig in einem Kampf, an der die breiten Arbeitermassen in erster Linie interessiert sind.

In den faschistischen Ländern sind es die grossen Kapitalmächte des Westens, die sich die ganze Welt tributpflichtig gemacht haben und wogegen das ganze "Volk" wie ein Mann zu kämpfen hat, um den Weg aus Not und Elend zu einer besseren Zukunft frei zu machen. In den westlichen Ländern dagegen erscheint der Faschismus und Nationalsozialismus als die Gewaltherrschaft die jede freie Meinung mit barbarischen Mitteln unterdrückt und vor allem die Arbeiterschaft ihrer politischen Rechte und aller selbständigen Organisation beraubt. Darum wird hier die Parole: "Gegen den Faschismus!" zum Sammelruf aller offenen und versteckten Parteigänger der herrschenden Klasse und dient dazu die breiten Volksmassen in die Kriegsfrente einzureihen.

Revolutionäre Arbeiter lassen sich durch eine solche Propaganda nicht irre machen. Sie wissen sehr gut, dass es überhaupt nicht gegen den Faschismus geht, und dass umgekehrt der Siegeszug, der nach Weltgeltung drängenden faschistischen Kapitalmächte, den Arbeitern dort keine glückliche Zukunft bringt. Es kann ihnen gleichgültig sein, wer bei dieser neuen Verteilung der Welt gewinnt, denn dass sie die Rechnung bezahlen müssen, ganz gleich ob "ihr Land" gewinnt oder nicht, wissen sie im Voraus.

Der Zustand der Arbeiter in den "demokratischen" Ländern ist in Allgemeinen günstiger als dort wo der Faschismus herrscht. Aber damit ist noch nicht gesagt, dass daran der Faschismus schuld ist. Wenn in Ländern wie England, Frankreich, Holland die Lebenslage der breiten Massen eine bessere zu nennen ist als z.B. in Deutschland dann darf dabei nicht vergessen werden, dass hier das Kapital über gross Reserven verfügt, die durch eine nahezu unbeschränkte Ausbeutung der Kolonien versammelt wurden. Diese Ausbeutung der Kolonien macht das verhältnismässig gute Leben der westeuropäischen Arbeiter im Augenblick noch möglich.

Die Kehrseite dieser Medaille ist das unermessliche Elend von hunderten Millionen der kolonialen Bevölkerung. Übrigens zeigen z.B. die Verhältnisse im Kohlenbergbau in Belgien, dass von einem Wohlleben auch nicht gesprochen werden kann. (Siehe Artikel 1 dieser R. E.K.) Andererseits sank die Lebenslage in den heute fastischen Ländern nicht, weil die Faschisten an die Macht kamen, sondern umgekehrt hat gerade der schlechter werdende wirtschaftliche Zustand die Faschisten an die Macht gebracht.

Ein neuer Krieg bringt nur noch grösseres Elend und schärfere Ausbeutung der Arbeitermassen. Wer den Krieg gegen den Faschismus will um die weitere Verschlechterung des Lebensstandards aufzuhalten, betrügt sich selbst. Die Arbeiter haben kein Interesse aus diesem Grunde einen Krieg gegen die faschistischen Länder zu unterstützen.

Aber muss die Arbeiterschaft denn nicht die politische Rechte, die ihnen die bürgerlich demokratische Ordnung gewährt, gegen den Faschismus verteidigen? Darf sie ohne sich zu Wehr zu setzen, preisgeben, wofür Generationen von Arbeitern sich eingesetzt und was erst am Ende des Krieges verwirklicht wurde: das freie und allgemeine Wahlrecht, Vereinsrecht, Versammlungs- und Pressefreiheit, d.h. die bürgerliche Demokratie auch für die Arbeiterklasse? Niemand kann leugnen, dass der Faschismus, weil er diese eben erst erworbenen Rechte vernichtet, breiten Arbeitermassen als Feind gegenübertritt. Wer daraus die Schlussfolgerung zieht, dass die Arbeiterschaft in den Ländern, wo die demokratische Ordnung herrscht, zusammen mit ihrer Bourgeoisie gegen die faschistische Länder in den Krieg ziehen muss, der betrügt nicht nur sich selbst, sondern auch andere, nämlich die Arbeiterklasse.

Die herrschende Klasse in den demokratischen Ländern ist kein geringer Feind der Arbeiterklasse als die herrschende Klasse, die sich des Faschismus begiebt. Denn wenn die Arbeiterschaft in den demokratischen Ländern glaubt, in den politischen Rechten der bürgerlichen Demokratie ein Mittel in Händen zu haben, womit sie in dieser Gesellschaft ihre Interessen vertreten kann, womit sie sich Geltung verschafft und dass sie schliesslich als Sprungbrett gebraucht um die politische Macht zu erobern, dann ist das eine Illusion. Solche politischen Rechte hat die Arbeiterschaft nie besessen. Es ist vielmehr so, dass die politischen Rechte erst ergehen wurden, als die grossen Arbeiterorganisationen die Sicherheit gaben, dass kein "Missbrauch" damit getrieben würde. Die Rechte durften nicht dienen um das Interesse der Arbeiterklasse gegen die Interessen der herrschenden Klasse durchzusetzen. Und wo das doch versucht wird, stellen sich die anerkannten Arbeiterorganisationen offen auf die Seite der herrschenden Klasse. Sie denunzieren solche Aktionen als ungesetzlich, erklären Streiks die sich ihrer ordnungsgemässen, auf Zusammenarbeit mit den Kapitalorganisationen begründeten Führung, entziehen, als wild. Und dann werden die politischen Rechte, Versammlungs- und Pressefreiheit, Organisations- und Streikrecht, auch von der demokratischen Ordnung, aufgehoben. Die bewaffnete Macht marschiert auf und demonstriert die absolute Herrschaft der besitzenden Klasse.

Die politischen Rechte, von denen die Arbeiterschaft nur Gebrauch machen kann durch die anerkannten Arbeiterorganisationen, sie dienen nur dazu, um die Arbeiter in die demokratische Ordnung einzugliedern. Die politischen Rechte sind zur Pflicht geworden, sich der Führung der Arbeiterorganisationen und dem Gebot der herrschenden Klasse zu unterwerfen. Aber je schärfer die Klassengegensätze werden, um so mehr ist die Arbeiterschaft gezwungen zu kämpfen ohne politische Rechte und gegen die Arbeiterorganisationen die sie der "Ordnung" dieser Rechte unterwerfen.

Von diesem Zustand bis zur allgemeinen Aufhebung der politischen Rechte und Demokratie ist nur noch ein Schritt, der dann erfolgt, wenn die Arbeiterorganisationen nicht mehr im stande sind, die Aktiviät der Arbeiterklasse im Schach zu halten.

In Deutschland und Italien ist diese Massnahme der herrschenden Klasse bereits durchgeführt und die unverhüllte Diktatur zur Tatsache geworden, und in den noch demokratischen Ländern lässt man keinen Zweifel darüber bestehen, dass derselbe Weg eingeschlagen wird, wenn die breiten Arbeitermassen nicht mehr der Führung der vom Staat anerkannten Arbeiterorganisationen gehorchen. Unter der harten Notwendigkeit des sich zuspitzenden Klassekampfes verfliegt auch in den demokratischen Ländern die Illusion, dass die "politischen Rechte" zur Befreiung der Arbeiterklasse führen, und in demselben Masse wie die Arbeiterschaft den wahren Charakter der politischen Rechte erkennt, werden sie auch der unverhüllten Diktatur der herrschenden Klasse gegenüber stehen. In diesem Sinne ist die Bourgeoisie hier ebenso faschistisch wie dort, und mit diesem Faschismus hat die Arbeiterklasse zu tun. Es ist die eigene Bourgeoisie, die sie dem Kapitalsinteresse unterwirft, mit "Demokratie" und "politischen Rechten", solange sich die Arbeiter dadurch binden lassen, und mit der unverhüllten, faschistischen Diktatur, wenn die Demokratie versagt.

Die Arbeiterschaft muss den Kapitalismus immer und überall bekämpfen, ganz gleich ob er sich demokratischer oder faschistischer Regierungsformen bedient. Sowohl im Faschismus wie unter der Demokratie werden die Lohnarbeiter vom Kapital ausgebeutet. Darum kann es für uns Arbeiter gleichgültig sein, wer im Kriege die Oberhand gewinnt. Ein klassenbewusster Arbeiter denkt einfach nicht daran die "eigene" Bourgeoisie zu unterstützen, er hat nur einen Feind, und das ist die herrschende Klasse die ihn unterdrückt. Ob die Kriegführung des "eigenen" Landes dabei in Schwierigkeiten gerät, ob selbst die militärische Niederlage der "eigenen" Bourgeoisie davon die Folge ist, das kann und darf nicht dazu führen, gegenüber der "eigenen" besitzenden Klasse eine versöhnliche Haltung einzunehmen.

Die Arbeiter sind eine unterdrückte Klasse in der ganzen Welt, sie müssen überall und in jedem Lande die besitzende Klasse bekämpfen, wenn sie sich aus der Lohnnechtschaft befreien und die Produktion in eigene Verwaltung nehmen wollen.

Die "Arbeiterbewegung" als Kriegshetzer!

Die sogenannte Arbeiterbewegung hat heute schon die Rolle auf sich genommen, die Arbeiterschaft an der Seite "ihrer" nationalen Bourgeoisie in den Krieg zu treiben. Ebenso wie die besitzende Klasse nicht müde wird, ihre Friedensliebe zu betonen, inzwischen aber, angeblich um den Frieden zu sichern, sich stets schwerer bewaffnet, so nimmt auch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung für sich in Anspruch, Vorkämpfer des Friedens zu sein, während sie in Wirklichkeit heute schon die Massen vorbereitet auf den Krieg gegen den Faschismus.

Die Parole der Bourgeoisie: Wer den Frieden will, muss sich auf den Krieg vorbereiten", wird von der Arbeiterbewegung verdolmetscht in: Wenn wir den Frieden wollen, müssen wir uns auf den Krieg gegen die faschistische Länder Deutschland und Italien vorbereiten. Wohl erklären sie den Imperialismus der demokratischen Länder als Feind der Arbeiterklasse (heute noch), doch der faschistische Imperialismus ist ihnen der Todfeind. Und die Arbeiterbewegung selbst, die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsorganisationen mit ihrer Bürokratie, sie steht dem demokratischen Staat nicht feindlich gegenüber. Sie ist von ihm anerkannt, ihre Funktion ist, in der demokratischen Ordnung zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu vermitteln. Der demokratische Staat ist die Grundlage ihrer Existenz. Dagegen bedroht ein Sieg des faschistischen Imperialismus ihre eigene Existenz. Er hebt in dem besiegten Lande die demokratische Ordnung auf, er vernichtet mit der demokratischen Ordnung auch die Arbeiterorganisationen, die darauf aufgebaut sind, und bringt die heute schon bestehende faschistische Parteiorganisation an die Macht. Wenn der demokratische Staat durch einen Sieg des faschistischen Imperialismus unterworfen wird, so verschwindet die demokratische Organisation, also auch die Arbeiterorganisationen die in der Demokratie ihre Existenz finden. Die Klassen bleiben bestehen, sie werden faschistisch, nationalsozialistisch organisiert. Die besitzende Klasse der demokratischen Länder kann zum Frieden kommen mit dem Faschismus, sie kann sich, selbst ohne im Kriege unterworfen zu sein, dem Faschismus unterwerfen, sie kann gleichgeschaltet, in den faschistischen Imperialismus eingeschaltet werden, sie kann die faschistische Herrschaftsform über das Proletariat zu ihrer eigenen machen. Die Bürokratie der Arbeiterorganisationen kann das nicht, sie ist auf Gedeih und Verderb mit der bürgerlichen Demokratie verbunden. Darum begeht sie auch keinen Verrat, sie verleugnet ihre Prinzipien nicht, wenn sie zum Krieg gegen die faschistischen Länder auffordert. Sie verteidigt vielmehr diese Prinzipien mit ausserster Konsequenz, wenn sie die Vorbedingung derselben, die Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit, selbst durch einen Krieg aufrecht erhalten will.

Seitdem Russland sich zur kapitalistischen Grossmacht entwickelt hat, ist auch die Politik der III Internationale eine andere geworden. Russland hat den Weg der Bündnispolitik mit anderen kapitalistischen Mächten beschritten, und dieser Aussenpolitik Russlands musste auch die Politik der III Internationale angepasst werden.

Die Propaganda der III Internationale, die schon seit längerer Zeit ihren revolutionären Charakter eingebüsst hatte, musste nun ganz auf diese Bündnispolitik Russlands eingestellt werden. In Frankreich, dass mit Russland verbündet ist, hat darum die K.P.F. die Einheitsfront mit den Sozialdemokraten geschlossen und sich damit in die "nationale Front" eingeschaltet. Auch in den anderen demokratischen Ländern von Westeuropa, wie in England, Holland, Belgien, wird diese Einheitsfront angestrebt. Das Leitmotiv für dieses Anschlussmühen bei der Sozialdemokratie ist: alle Kräfte gegen den Faschismus zu versammeln. Denn, so schreibt die "Tribune" (Kom. Part. Holland) vom 2. 10. 35.: "Der Nazi-Faschismus mit seiner Filiale dem "Mussert-Faschismus" in Holland bedroht die Unabhängigkeit der Niederländischen Volksmasse, Was ist die Aufgabe der Kommunisten in einer solchen Situation? Die Kommunisten werden in der vordersten Reihe der Kämpfer für die nationale Unabhängigkeit stehen."

Dieser nationalistische Erguss des Organs der holländischen K.P. ist in völliger Übereinstimmung mit den Ausführungen von Piek auf dem 7. de Kongress der III Internationale, der sagte: "Sollte der deutsche Faschismus die Unabhängigkeit kleiner Völker Europas antasten, so wird deren Krieg gegen den Faschismus ein gerechter Krieg sein, den wir unterstützen werden."

Damit hat sich die III Internationale unzweideutig in die Front der "ideologischen Bewaffnung" eingereiht, sie arbeitet mit an der ideologischen Vorbereitung des Krieges, ohne welche ein moderner Krieg nicht geführt werden kann. In dieser Hinsicht liegen die Dinge anders wie 1914. Damals hatten viele Arbeiter das Zusammengehen von Sozialdemokratie und Gewerkschaften mit der Bourgeoisie nicht erwartet. So wie der Krieg "wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam, so auch der "Verrat" der Arbeiterbewegung. Heute, wo man davon überzeugt ist, dass jeden Augenblick der drohende Krieg zur Wirklichkeit werden kann, heute sind auch die Fronten schon besetzt. Heute besteht kein Zweifel mehr darüber, dass die sogenannte Arbeiterbewegung "mitmacht". Und nicht nur, dass sie, wie August Bebel es 1912 sagte "in der Stunde der Gefahr das Gewehr auf die Schulter" nimmt um das Vaterland zu verteidigen, sondern dass sie mit ihrer täglichen Propaganda heute schon an der Arbeit ist, um die breiten Arbeitermassen in die nationale Front einzureihen.

Nationale Unabhängigkeit und Leninismus.

Die Frage der Nation, und im besonderen die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit spielt in der Arbeiterbewegung eine grosse Rolle. Mit Marx sagen wir: "Die Arbeiter haben kein Vaterland!" Die Nation ist der organisatorische Rahmen, worin die besitzende Klasse die Ausbeutung der unterdrückten Klasse regelt. Der Kampf der Arbeiterklasse aber ist auf die Aufhebung dieser Ausbeutung gerichtet und dabei ist ihr die eigene besitzende Klasse, mit ihrer nationalen Ausbeuterorganisation, ebenso feindlich wie die herrschende Klasse einer fremden Nation. In diesem Kampfe stehen die Arbeiter aller Länder den Ausbeuter aller Nationen gegenüber als Kampfgenosser, und ihr Ziel ist die kommunistische Organisation der Produktion in der ganzen Welt. Eine proletarische Revolution kann darum an den nationalen Grenzen nicht halt machen, sie durchbricht, wenn sie die Macht dazu hat, alle nationalen Grenzen um die kommunistische Weltgemeinschaft aufzubrechen. Sie macht an den nationalen Grenzen nicht halt um diese nationalen Grenzen zu verteidigen, sondern sie strebt vielmehr nach der Aufhebung derselben, - nicht die Verteidigung des nationalen Unabhängigkeit, sondern die Vernichtung derselben ist ihre Aufgabe. Die siegreiche Arbeiterklasse errichtet die kommunistische Weltwirtschaft an Stelle der, sich im fortwährenden Kriegszustand miteinander befindlichen Nationen. Wenn sich diese Weltwirtschaft in Produktionsgebieten organisiert, so umgeben diese Gebiete keine "rationale Grenzen", weil die Organisation keinen ausbeutenden Charakter hat, - sie steht nicht im Gegensatz zu anderen Gebieten.

Der revolutionäre Marxismus hat sich in dieser Frage seit langem unzweideutig ausgesprochen. Es war Lenin vorbehalten, diese Grundauffassung loszulassen und mit seiner Lehre, die seitdem als "Leninismus" propagiert wird, grosse Verwirrung im Lager der Arbeiter anzurichten. Der "Leninismus" lehrt, dass unterdrückte Völker, die für ihre nationale Unabhängigkeit kämpfen Bundesgenossen des Proletariats sind. Darum verlangt diese Lehre auch von den Arbeitern in solchen Ländern, die als von imperialistischen Mächten unterdrückt oder bedrohte Nationen angesehen werden, dass sie ihre eigene Bourgeoisie im Kampfe gegen die fremden Unterdrücker unterstützen. So wurden die Arbeiter in Litauen durch die III Internationale aufgerufen, ihr Vaterland gegen Polen zu verteidigen; das Proletariat der Türkei rief man auf, die herrschende Klasse bei der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit zu unterstützen, während Sowjet-Russland bei dem wirtschaftlichen und militärischen Aufbau der türkischen Nation hilfreiche Dienste leistete. Die türkische Nation ihrerseits erstattet ihnen "Dank", indem sie mit barbarischer Strenge Streiks und andere Formen des Klassenkampfes unterdrückt.

In derselben Weise wurde der nationale Befreiungskampf in China als revolutionär im proletarischen Sinne angepriesen, und die chinesische Arbeiterschaft zur Unterstützung der Kuo-Min-Tang (Volkspartei) aufgerufen.

Der bürgerliche General Tschang-Kai-Tschek wurde von der kommunistischen Internationale als der Kommandeur der "chinesischen roten Armee" gefeiert, und man stellte esso hin, als ob nun (im Jahre 1927) die Weltrevolution von China aus ihren Lauf nehmen werde. Es hat nicht lange gedauert, und die von der III Internationale verbreitete Illusion verschwand. Die junge chinesische Bourgeoisie hat geschickt Gebrauch gemacht von der Unterstützung der Arbeitermassen in den grossen Hafenstädten Kanton, Schanghai u.s.w. als es ging um die Erkämpfung der nationalen Unabhängigkeit gegenüber den fremden imperialistischen Mächten England, Amerika, Japan, u.s.w. Aber kaum sass sie im Sattel und sie kehrte sich gegen dieselben Arbeiter, auf deren Schultern sie sich erheben geschwungen. Auf Befehl desselben "roten Generals" Tschang-Kai-Tschek den die III Internationale als Held gepriesen, wurden Zehntausende Arbeiter niederkartatscht, Gefangenen der Kopf abgeschlagen, reihenweise aufgehängt. Es ist eine Abschachtung von Arbeitern geworden von grösserem Umfang als wie sie die französische Bourgeoisie verrichtete nach der Niederwerfung der Pariser Kommune. Die chinesischen Arbeiter standen diesem vernichtenden Schlag ihrer Bourgeoisie wehrlos gegenüber, sie waren darauf nicht vorbereitet, denn hatten nicht die Kommunisten selbst Tschang-Kai-Tschek als den roten General, den Führer der Revolution hingestellt?

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, hat den Zwillingsbruder dieser leninistischen Theorie in die Welt gebracht, nämlich das "Selbstbestimmungsrecht der Völker". Sie diente den als Sieger aus dem Weltkrieg hervorgegangenen imperialistischen Grossmächten um die Donaumonarchie zu zerstückeln, die Macht Deutschlands geographisch und in Bezug auf seine Rohstoffe zu beschneiden und die Randländer von Russland selbständig zu machen. Es kam für die Grossmächte darauf an, dass sich aus diesen Ländern keine neue Grossmacht bildet, und hierbei leistet das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" gute Dienste.

Die "nationale Unabhängigkeit unterdrückter Nationen" des Leninismus, hat, wenn sie verwirklicht wird, dasselbe Resultat als das "Selbstbestimmungsrecht der Völker" von Wilson; beide sollen die Existenz von kleinen selbständigen Ländern gegenüber den imperialistischen Grossmächten rechtfertigen, nur gehen die Meinungen patürlich auseinander wenn es darum geht, wo und in welchem Falle die Lehre verwirklicht werden soll. Dann entscheiden, dort wo sie es können, die imperialistischen Grossmächte im Sinne der Sicherung ihrer Macht, und Sowjet-Russland versucht damit, den imperialistischen Mächten widerstrebende Kräfte anzufachen und selbständig zu machen, aber auch nur um seine eigene Machtposition zu stärken.

So spielt diese Lehre, gleich ob von Wilson's oder Lenin formuliert, eine Rolle in dem Machtstreben der herrschenden Klassen, sowohl in den jungen kapitalistischen Ländern, wo eine junge Bourgeoisie nach politischer Selbständigkeit strebt, als auch in der Politik der modernen Industrieländer, (wozu auch Russland gehört) die die nationale "Selbständigkeit" oder "Unabhängigkeit" unterstützen, dort wo sie mit ihren Interessen in Übereinstimmung ist, sie aber auch bekämpfen und vernichten, wenn sie ihnen im Wege ist.

Die III Internationale setzte sich nicht nur für die "nationale Unabhängigkeit von der Türkei, von Litauen und China ein, auch Deutschland wurde in den Jahren 1921-1925 zu den, vom Imperialismus unterdrückten Völkern, die einen nationalen Befreiungskampf zu führen haben, gerechnet. Der geheime Militärvertrag (Rapallo 1922) zwischen dem bürgerlichen Deutschland und Sowjet-Russland wurde damit gerechtfertigt. Dieser Vertrag ermöglichte es der deutschen Bourgeoisie in Russland Fabriken zur Erzeugung von Kriegsgerät aufzurichten, die es nach dem Versailler Vertrag in Deutschland selbst nicht haben durfte. Mit Hilfe Russlands wurde so die deutsche Bourgeoisie in ihrem Befreiungskampf gegen die imperialistischen Unterdrücker Frankreich - England, bewaffnet. Dass diese "nationale Befreiung" Deutschlands schliesslich die Form der nationalsozialistischen Hitler-Regierung annahm, und damit Russland feindlich gesinnt wurde, veränderte die Beurteilung Deutschlands durch die III Internationale in ihr Gegenteil: Deutschland erscheint nun in der Propaganda als faschistischer Imperialismus, als der ärgste Feind der nationalen Unabhängigkeit kleiner Völker, deren nationale Selbständigkeit vom "Hitler-Faschismus" bedroht wird.

Die leninistische Lehre vom Kampf für die nationale Unabhängigkeit hat in der deutschen revolutionären Bewegung von 1921 ab, verkehrend genug gewirkt. Der Leninismus verlangte durch die Propaganda der K.P.D. von der Arbeiterschaft ein Zusammengehen mit der eigenen Bourgeoisie bei der Abwehr der Sanktionen durch die Entente und der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische Truppen.

Die K.P.D. behauptete hierbei, die nationale Partei Deutschlands zu sein und Klara Zetkin bot dazu der Regierung die Hilfe des "Roten Frontkämpfer-Bundes" an. Und das alles zu derselben Zeit, wo an vielen Orten immer wieder breite Massen sich gegen die eigene Bourgeoisie empörten.

Und noch ist die Rolle des "Leninismus" nicht ausgespielt. Im Jahre 1916 schrieb Lenin in "Gegen den Strom" einen Artikel, worin er auseinander setzte, dass auch in Europa in Zukunft nationale Befreiungskriege nicht ausgeschlossen seien. Die erste praktische Anwendung dieser Lehre erlebten wir in dem nationalen Befreiungskampf des "unterdrückten" Deutschland und heute kommt sie wiederum zur Anwendung in der "Einheitsfront"-Taktik die die kommunistischen Parteien vereint mit dem "Kampf für die nationale Unabhängigkeit" der Länder die bedroht werden von dem "befreiten", nunmehr faschistisch gewordenen Deutschland. Wir lesen darüber in der Tribune vom 2 Okt. 1935: "Aber Lenin stellte damals schon genial fest - u.a. in seiner Besprechung der Julius-Broschüre von Rosa Luxemburg - dass auch in Zukunft in Europa nationale Kriege nicht ausgeschlossen blieben und nicht jeder Krieg in Europa ein imperialistischer zu sein brauche. Der VIIde Weltkongress stellte diese Möglichkeit jetzt konkret. Warum? Weil der Sieg des deutschen Faschismus, der die vornehmste Kraft ist, die zum Kriege treibt, - die nationale Unabhängigkeit einer Anzahl kleiner Staaten in Gefahr bringt. Wir denken dabei an Länder wie Tschecho-Slovakei, die baltischen Länder, Oesterreich. Aber auch an Holland. Der Nazi-Faschismus mit seiner Filiale, dem Mussert-Faschismus in Holland bedroht die Unabhängigkeit der Niederländischen -Volksmasse.

Der VII Weltkongress nahm als möglich an, dass in solch einem Falle der Krieg der nationalen Bourgeoisie als Abwehr eines solchen Überfalles den Charakter eines nationalen Befreiungskampfes annehmen kann.

Obwohl nicht in erster Linie, kann Holland in eine derartige Position kommen! Wobei allerdings mit der Tatsache gerechnet werden muss, dass die Bourgeoisie der Niederlande nicht nur die Bourgeoisie eines kleinen Landes ist, sondern auch und vor allem die unterdrückende, imperialistische Bourgeoisie eines grossen kolonialen Reiches.

Was ist die Aufgabe der Kommunisten in einer solchen Situation? Der VII Weltkongress gab hierauf eine Antwort:

"Die Kommunisten werden in der vordersten Reihe des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit stehen." (gesperrt durch R.K.)

Wiederum wird die III Internationale gebraucht, um die revolutionäre Arbeiterschaft für Interessen der industriellen Grossmacht Russland in den Kampf zu werfen, ist es der Leninismus der die Theorie liefert zur Rechtfertigung der Tatsache, dass damit die Arbeiterschaft der nationalen Bourgeoisie in die Arme und in den Kriegstümel hinein getrieben wird.

Die IV Internationale (Trotzkische Opposition der III Internationale) und der "Leninismus".

Die schon mehrfach angekündete, aber bis jetzt noch nicht Wirklichkeit gewordene IV Internationale, die Trotzky zu ihren Prophezen erhoben hat, nimmt für sich in Anspruch die Unverfälschte Vertreterin des Leninismus zu sein. Sie propagiert die Unterstützung der unterdrückten Völker in ihre nationale Befreiung. So schreibt "Unser Wort" (Halbmonats-Zeitung der I.K.B.) Sept. 1935. Nr 9:

"Man muss unverzüglich einen internationalen Boykott gegen Italien und seine Verbündeten in dem Kriege Abessinien organisieren".....Jede Sendung, jeder italienische Schiff auf dem sich Waren aus oder für Italien befinden, muss angehalten werden." Und in Nr 11. 1935 desselben Blattes lesen wir:

"Das Proletariat kann sich selbst nur befreien, wenn es gleichzeitig für die Freiheit der unterdrückten Kolonialvölker kämpft. Das Proletariat kämpft daher für den Sieg Abessinien und für die Niederlage Italiens. Die Frage ist nur, mit oder gegen die eigene Bourgeoisie.....Wir müssen den Betrug der imperialistischen Sanktionen schonungslos enthüllen und für proletarische, revolutionäre Sanktionen gegen die Weltbourgeoisie eintreten." "Das Proletariat muss durch seine eigenen Organisationen den Boykot nicht nur gegen Italiens Krieg, sondern auch gegen Grossbritanniens Kriegsvorbereitungen organisieren. Der Transportarbeiterstreik in allen imperialistischen Ländern muss propagiert und organisiert werden." Des Weiteren, Neue Front Nr 21 1935:

"Früher als alle anderen sind wir für die entschiedene Verteidigung Abessinien eingetreten (siehe Aufruf der A.I.G. Mitte August) früher als alle anderen sind wir aber auch gegen die Sanktionen

des Völkerbundes und für Sanktionen der Arbeiterklasse einreten (siehe Nr 17. der Neuen Front und die ganze musterhafte Arbeit der uns befremdeten I.L.P.)".....Lässt man die Sanktionen in der Hand der Imperialisten, so verliert die Arbeiterklasse jede Kontrolle über den weiteren Verlauf der Dinge und steht ins besondere der aus den Sanktionen notwendig herauswachsenden Kriegsgefahr ohnmächtig gegenüber."

So fordert u.a. auch die "Nieuwe Fakkel" vom 6. Sept. 1935 Organ der R.S.A.P. in Holland, (die sich zur IV. Internationale bekennt) auf, "die Rechte des abessinischen Volkes" zu verteidigen, zwar nicht in Gemeinschaft mit der englischen Regierung, weil diese "nur das Prestige und die Macht des englischen Imperialismus im Auge habe".

Nun gut dann, sie wollen es also durch selbständige Aktionen der Arbeiterklasse tun. Aber abgesehen davon, dass solche angestrebte selbständige Aktionen sich in der Wirklichkeit doch in die Aktionen der englischen Regierung (oder des Völkerbundes und der II und III Internationale) einreihen, so erhebt sich doch zuerst

die Frage: Was sind das doch für eigenartige Rechte, die Rechte des abessinischen Volkes? Soweit wie uns bekannt ist, besteht für die revolutionäre Arbeiterschaft kein "Volk", sondern nur für die herrschende Klasse. Die "unabhängige Nation" besteht aus Klassen, die in unüberbrückbarem Gegensatz zueinander stehen. Nur der Bürger macht diese Klassen in der Phrase zum "Volk", um die unterdrückten Klassen besser ausbeuten zu können und für seine Ziele zu gebrauchen. Die "Rechte eines Volkes" sind wie etwas anderes gewesen als die Rechte der herrschenden Klasse.

Und Abessinien macht davon keine Ausnahme.

Übrigens hat es mit der "Unabhängigkeit" auch noch seine eigene Bewandnis. Der Krieg zwischen Italien und Abessinien erscheint oberflächlich gesehen, als ein Krieg zwischen zwei Ländern, wobei Abessinien seine Unabhängigkeit verteidigt. Aber in Wirklichkeit wird hierbei ein Konflikt innerhalb des Weltkapitalismus ausgefochten, hier zwischen Italien und England. So wie bekannt, haben die grossen Mächte Abessinien schon lange aufgeteilt, nur nicht zur Zufriedenheit der italienischen Bourgeoisie. Diese verlangt Ausdehnung ihres Interessengebietes und die freie Verfügung über die noch zu hebenden Bodenschätze. Was die feudale Ausbeuterklasse von Abessinien "will" oder "nicht will", hat wenig zu bedeuten. Diese Klasse, die an der Erhaltung der dort noch bestehenden mittelalterlichen Ausbeutungsverhältnisse interessiert ist, hat sich völlig an den Völkerbund, das ist hier an England-Frankreich, unterworfen. "Abessinien kämpft insoweit für seine nationale Unabhängigkeit als es die geltenden Ausbeutungsverhältnisse verewigen will. Aber es hat sich in diesem Kampf für seine "nationale Unabhängigkeit" zu richten nach dem, was die Grossmächte wollen. Abessinien ist nicht mehr wie eine Figur auf dem politischen Schachbrett, die von den Grossmächten geschoben wird. Das "unabhängige" Abessinien hat ~~darum auch in dieser ganzen Frage keinen~~ einzigen unabhängigen Schritt getan, sondern sich seine Haltung von Beginn an von England vorschreiben lassen. Die Verhandlungen und Reden der abessinischen Vertreter im Völkerbund, der Notenwechsel mit Italien, es trägt alles den Stempel einer raffinierten Diplomatie, wobei die Sprache dient um die Gedanken zu verbergen,

und die deutlich die Hand einer darin erfahrenen Diplomatie verrät. Italien führt diesen Krieg nicht gegen ein unabhängiges Abessinien, sondern gegen England, ein Krieg, der vorläufig noch auf abessinischem Boden ausgefochten wird, weil England solange es möglich ist, seine eigenen Kräfte für noch grössere Konflikten bereit halten muss.

Im Konflikt Italien-Abessinien sind die imperialistische Gegensätze der Grossmächte unüberbrückbar zusammen gestossen. Bis jetzt ist dieser Konflikt noch ein Vorläufer des kommenden zweiten Weltkrieges, er kann zur brennenden Fackel werden wodurch die ganze Welt in Flammen gesetzt wird. Aber damit ist noch keinesfalls gesagt, dass er unmittelbar den Weltkrieg im Folge haben muss. Die herrschenden Mächte werden sicherlich nichts unversucht lassen, um so lange es geht, diesem Weltbrand zu entgehen, denn wenn sie auch wissen wo sie beginnen, so kann doch niemand sagen welches Ende er nehmen wird. Doch schliesslich entscheidet auch hier nicht der Wille der herrschenden Mächte, sondern die Notwendigkeiten des Kampfes für die Erhaltung ihrer Herrschaft. Um so mehr ist es die Aufgabe der revolutionären Propaganda dafür zu kämpfen, dass die Arbeiterklasse sich aus dem geistigen Heerbann der Bourgeoisie loslöst um der Vernichtung durch die herrschenden Klassen ein Halt zu gebieten.

Die IV. Internationale aber, die unter der Führung Trotzky's auch noch als Opposition, Sowjet-Russland verteidigen will, hat den Leninismus als politische Richtschnur genommen. Der Leninismus aber ist eine Theorie, die der Entwicklung Russlands zur zur industriellen Grossmacht angepasst ist, und treibt die Arbeiter, die ihm folgen unwiderruflich in eine der imperialistischen Fronten.

Verhinderung des Krieges.

Wenn man sich vor Augen hält, welche Haltung die Organisationen der Arbeiterschaft in der Kriegsfrage einnehmen, dann ist das sicher kein erhebendes Bild. Die Sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien und Gewerkschaften haben sich bereits in die nationalen Fronten eingereiht. Die IV. Internationale u.a. auch die R.S.A.P. in Holland nimmt eine zweideutige Haltung ein. Sie will gegen den Faschismus und für die "Unabhängigkeit unterdrückter Nationen" kämpfen, aber zugleich auch gegen die eigene Bourgeoisie. Zweideutigkeit aber in einer solchen Frage ist eine Unmöglichkeit; die Folge ist entweder der völlige politische Bankrott oder sie spielt eine Rolle wie die frühere S.P.D. später C.P.H. in Holland, während der Kriegszeit die mit Worten sowohl den deutschen wie den englischen Imperialismus bekämpfte, in der praktischen Politik aber den englischen Imperialismus unterstützte. (Siehe "Het Opportunisme in de C.P.H. van H.Gorter.")

Ausserdem sind noch verschiedene Gruppen, Pazifisten, Gefühls-Revolutionäre, Anarchisten, linke Marxisten u.s.w. vorhanden, die, an Zahl nur gering, sich nicht vom Strudel des Nationalismus mitreiszen lassen und ihre Anstrengung darauf richten, den Krieg zu verhindern.

Die Frage ist nur, kann der Krieg "verhindert" werden? Wir können darauf nur eine Antwort geben, wenn wir uns Rechenschaft geben von dem, was die Arbeiterklasse tun kann, wenn wir beurteilen können, über welche Kräfte sie verfügt, welche Möglichkeiten des Kampfes oder Widerstandes vorhanden sind und welchen Zielen dadurch nachgestrebt wird.

Wir fragen: Werden die breiten Massen, wenn der zweite Weltkrieg zur Wirklichkeit wird, eine selbständige Politik führen? Werden sie im Gegensatz zu allen politischen Parteien, Gewerkschaften, und der Regierung, eine Mobilmachung mit dem Generalstreik oder dem Aufstand beantworten?? Bis zu diesem Augenblick ist damit nicht zu rechnen. Die Massen müssten den Kampf aufnehmen gegen den Staat und gegen die gesamte sogenannte "Arbeiterbewegung", und sie müssten ihn selbständig, unter eigener Leitung führen, weil niemand es für sie tun kann. Wohl sind schon hier und dort Anzeichen für eine solche Kampfweise zu bemerken, doch angesichts der gewaltigen Macht, der sie beim Ausbrechen des Krieges gegenüberstehen, hat das wenig zu bedeuten.

Diese Macht ist gewaltig gross. Man darf nicht vergessen, dass die besitzende Klasse in allen Ländern nur darum alle Macht auf die Kriegsführung konzentriert, weil es für sie eine Frage von Sein oder Nichtsein als besitzende Klasse ist. In dieser Lebensfrage will sie selbst entschliessen und dabei nicht durch pazifistische Bestrebungen oder widerspenstige Arbeiter gehindert werden. Darum wird sie schon bevor es so weit ist, alle Macht anwenden um jeden Versuch zur Verhinderung des Krieges zu ersticken; sie wird jeden Versuch mit den schärfsten Mitteln niederschlagen. Darum kann der Kampf gegen den Krieg nicht geführt werden in dem Sinne, dass ein Krieg "verhindert" wird, der "Verhinderung" des Krieges geht der Kampf um die ganze Macht in der Gesellschaft voran. Es geht nicht um die "Verhinderung des Krieges," sondern darum, ob die Arbeiterklasse die Bourgeoisie völlig niederwerfen und ihre eigene Macht errichten kann.

Die blasse Propaganda des Generalstreiks als Mittel um den Krieg zu verhindern rechnet mit diesen Umständen so gut wie nicht. Wohl wird in anarchistischen Kreisen an die Generalstreikpropaganda die andere Parole angehängt: "Durch Generalstreik zur sozialen Revolution", Aber in dieser Form ist diese Parole zur Unfruchtbarkeit verdammt, weil sie uns ein vollkommen verkehrtes Bild vom Prozess der Revolution gibt. Den der Generalstreik so wie ihn die Anarchisten sich vorstellen ist eine Illusion. Seine Voraussetzung ist, dass alle Arbeiter wie ein Mann die Arbeit niederlegen. In Wirklichkeit aber folgt die grosse Masse der Arbeiter heute den bekannten Arbeiterorganisationen und ist im Banne nationaler Auffassungen. Die Kriegsgegner sind beim Kriegsbeginn nur eine kleine Minderheit. Die Illusion des Generalstreiks und der sozialen Revolution die darauf folgen soll, stürzt dann wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Und das Resultat ist nur Enttäuschung und Verwirrung bei den Arbeitern, die darauf ihre Hoffnung gesetzt hatten.

Anders wird es, wenn die soziale Revolution nicht als ein Anhängsel des Generalstreiks gesehen wird, sondern als ein Prozess, der sich im Laufe der Zeit, durch "Frieden" und Krieg hindurch vollzieht. Dieser Prozess ist der Entwicklungsprozess der Massenbewegungen unter eigener Führung. Die offizielle Arbeiterbewegung kommt für die Verteidigung der Klasseninteressen der Arbeiter nicht mehr in Frage, weil ihr Lebenselement die Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit ist und daraus nur noch eine Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft geboren werden kann. Nur durch den schärfsten Klassenkampf gegen Bourgeoisie und alte Arbeiterbewegung können die Klasseninteressen des Proletariats verteidigt werden. Diese Einsicht bricht sich langsam Bahn.

Dass sie sich durchringt, beweisen die Massenbewegungen der letzten drei Jahre in Spanien, Frankreich, Belgien und Holland. In der Arbeiter schaft setzt sich die Einsicht durch, dass jede freundschaftliche Beziehung zur Bourgeoisie verbrochen werden muss, dass die Arbeiterklasse sich nur durch rücksichtslosen Klassenkampf gegenüber der besitzenden Klasse aufrecht erhalten kann.

So wird der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat unüberbrückbar und findet das Weltproletariat seine Einheit gegenüber der Weltbourgeoisie. Diese Einheit entsteht durch heftigen Klassenkampf in allen Ländern. In diesem Kampfe verlieren die Massen ihre alten, nationalen Auffassungen, die auf die Zusammenarbeit mit der "eigenen" Bourgeoisie gerichtet sind, um Platz zu machen vor einer neuen Zielsetzung, die die Niederwerfung der nationalen Bourgeoisie, die Vernichtung des Kapitalismus, die Aufhebung der Lohnarbeit und die Durchführung einer planmässigen kommunistischen Weltwirtschaft in sich schliesst. - Das ist der Entwicklungsprozess der Massenbewegungen. Das ist das Werden des sozialen Weltrevolution.

Wenn auch ein Generalstreik um den Krieg zu verhindern zweifelsohne nur als Illusion besteht, so ist es doch möglich, dass grosse Gruppen Widerstand leisten. Solche Widerstand kann, u.a. in Form von Massenstreiks, auch ohneallgemein zu sein, von grosser Bedeutung für den Kampf gegen den Krieg sein, den Krieg verhindern können sie nicht. Solche Massenstreiks bei Kriegsausbruch sind von grosser Bedeutung für den zukünftigen Kampf, der breiten Massen gegen den Krieg, weil sie den Weg zeigen, den die Masse schliesslich selbst einlagen muss. Sie zeigen durch die Tat, dass sie durch den nationalen Täumel nicht vom Klassenstandpunkt abgebracht sind, und dass sie den Klassenkampf auch während des Krieges fortsetzen, sie zeigen in der Praxis wie die schwachen Stellen der Kriegsführung sind, und lassen keinen Zweifel daran, dass es für sie darum geht, ihre eigene Bourgeoisie niederzuwerfen. Massenstreiks als Aktion gegen den Krieg tragen ausgesprochen politischen Charakter, sie sind nicht nur Aktionen gegen den Krieg und gegen die Bourgeoisie, sondern viel mehr nach ein Aufruf an die ganze Klasse, dem Beispiel zu folgen. Gerade in der Kriegszeit, wo jede Propaganda, unter den breiten Massen unmöglich gemacht wird, dann sind solche politischen Massenstreiks für den revolutionären Klassenkampf unentbehrlich. Sie sind Aufruf, sie sind Beispiel, sie werden zum Programm des allgemeinen Aufstandes und der proletarischen Revolution.

Der Feind steht im eigenen Lande!

Der revolutionäre Arbeiter kennt kein Vaterland. Die besitzende Klasse der ganzen Welt ist sein Feind, die englische, die französische Bourgeoisie ebenso gut wie seine "eigene". Aber wenn er als Klasse sich von der Bourgeoisie befreien will, kann er es nur, wenn er die Bourgeoisie bekämpft und niederwirft, die ihn selbst unmittelbar beherrscht. Der Feind ist die "eigene" Bourgeoisie. Liebknecht prägte hierfür den Satz: "Der Feind steht im eigenen Lande!" Es müsste richtiger heissen: Der nächste Feind der Feind mit dem wir unmittelbar zu tun haben, steht im eigenen Lande. Denn die Bourgeoisie der anderen Länder ist nicht weniger Feind wie die eigene Bourgeoisie, nur ist es die Arbeiterklasse dort, die unmittelbar mit ihr abzurechnen hat.

RÄTE KORRESPONDENZ

..... No: 15 - März 1936

.....
: Theoretisches- und Diskussionsorgan für die Rätebewegung :
: Ausgabe der Gruppe internationaler Kommunisten - Holland :
.....

I n h a l t :

	Seite
Partei und Arbeiterklasse.....	1
Probleme der neuen Arbeiterbewegung.....	6
Kommunismus und Religion.....	13